

BLICKPUNKT



Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim
V.i.S.d.P DKP Heidenheim Stadtrat R. Püschel

BLICKPUNKT Nr. 02

Februar 2009

Jahrgang 38

Strompreise

Strompreisanstieg bald auch in Heidenheim?



Johann Holzheu

Die Energiepreise sind in den vergangenen Jahren drastisch angestiegen. Sie haben eine regelrechte Teuerungswelle in unserem Land angefacht. In diesem Jahr werden die Strompreise die Hitliste anführen. (Siehe nebenstehender Kasten). Und nur weil die Verbraucher und ihre Verbände sich wehrten und eine öffentliche Kontrolle forderten, haben die großen Energieriesen ihre Profitgier etwas heruntergeschraubt. Auch die Stadtwerke Heidenheim AG hat sich wiederholt im Spitzenfeld der Gaspreise befunden. In diesem Jahr wollen sie die Gaspreise vorerst stabil halten, oder gar senken? Das gilt auch für die Stromversorgung, das jedenfalls hat der Pressesprecher der Stadtwerke, Erich Weber, gegenüber Stadtrat Reinhard Püschel versichert. Zumindest im ersten halben Jahr soll der Strompreis gehalten werden. Die letzte Strompreiserhöhung war im Juli 2008. Bei der Gemeinderatssitzung im Dezember 2008 übten die beiden DKP-Stadträte Püschel und Benz Kritik an der Geschäftspolitik der Heidenheimer Stadtwerke AG.



Nach einer Studie haben sich die Gewinne der vier Energieriesen Eon, RWE, EnBW und Vattenfall seit 2002 verdreifacht. Gleichzeitig sind die Strompreise für Privatkunden um rund 50 Prozent gestiegen. Allein 2007 machten die vier Konzerne zusammen 20 Milliarden Euro Gewinn.

Neue Preisrunde angekündigt

Für die Stromkunden dürfte auch im kommenden Jahr keine Entspannung in Sicht sein: Nach einer Umfrage des Verbraucherportals "Check 24" haben 480 der rund 900 deutschen Stromversorger für Januar oder Februar 2009 abermalige Preiserhöhungen angekündigt, darunter auch der größte Anbieter Eon. Zum Teil soll Strom dabei um bis zu 20 Prozent teurer werden. Im Durchschnitt belaufen sich die Tarifierhöhungen auf 8,4 Prozent. Die neue Preisrunde schlägt jährlich im Schnitt mit 73 Euro pro Haushalt zu Buche. Betroffen sind rund 48 Millionen Stromkunden in ganz Deutschland.

Mergelstetter Verkehrskreisel vom Tisch

Die Mergelstetter Bürger haben gewonnen: Der unsinnige Verkehrskreisel ist zu den Akten gelegt worden. In der Ausgabe des "Blickpunkt" vom Oktober 2008 hat die DKP die Mergelstetter in ihrem Widerstand unterstützt und den Bürgern geraten, durch Aktio-

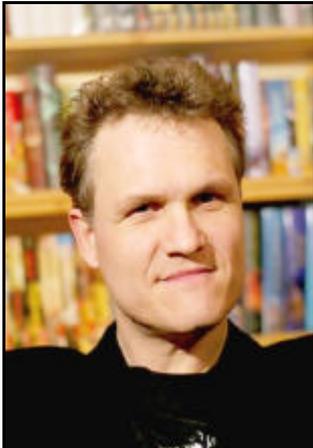
nen die Planungen der Stadtverwaltung und eines Großteils des Gemeinderats zu Fall zu bringen. 609 Mergelstetter haben bei einer Umfrage klar gemacht, dass ein Verkehrskreisel vor der Silcherschule eine Gefahr für die Schüler darstellen würde. Die Stadtverwaltung hat ihre Planung zurückgenommen. Vorerst? Im Oktober 2008 war im "Blickpunkt" bereits zu lesen:

"Es wird also schwer sein, die Gemeinderatsmehrheit und Stadtverwaltung vom Kreiselunsinn abzuhalten. Es sei denn, die Mergelstetter machten etwas Druck. Z. B. in Form einer Unterschriftensammlung. Wenn viele Mergelstetter damit ihren Unmut zum Ausdruck bringen würden, könnte das Kreiselvorhaben scheitern."



Schulmittelbeihilfe! Klappt es jetzt?

Der Aufschwung ist im vergangenen Jahr bei vielen Menschen nicht angekommen. Im neuen Jahr wird



Thomas Bernhard
geb.: 05.12.1967
Heilpädagoge
DKP Mitglied

sich wegen der Finanzkrise nichts ändern. Im Gegenteil, noch mehr Menschen werden in eine finanziell schwierige Lage gebracht.

Eine bittere Wahrheit ist das für mehr als 2,5 Millionen Kinder in Deutschland. Über 2000 arme Kinder leben in unserem Landkreis Heidenheim.

Das war auch der Grund für die DKP, einen Antrag im Gemeinderat zu stellen, der armen Kindern Schulmittelbeihilfe gewähren soll. Schon im Jahr 2007 hatten die DKP-

Stadträte für arme Erstklässler einen solchen Antrag eingebracht: Alle Gemeinderatsfraktionen von CDU, SPD, Grünen und Freie Wählern haben diesen Antrag einstimmig abgelehnt. Auch ein Jahr später, im Dezember 2008, wurde dem erneuten Antrag der DKP wieder nicht zugestimmt. In ihrer Begründung verwiesen die Parteien auf eine noch zu beschließende Maßnahme der Bundesregierung, die vorsieht, dass entsprechende Mittel ab dem Jahr 2009 bewilligt werden sollen. Wie das funktionieren soll und wann die finanziellen Mittel freigegeben werden, steht natürlich in den Sternen. Sollte es tatsächlich zu keiner Hilfe kommen, so die SPD, dann wird sie selber einen Schulmittelbeihilfe-Antrag im Gemeinderat stellen.

Oder auch nicht!? Wahrscheinlicher ist, dass die Schutzschirme für die „notleidenden“ Banken und für die Autoindustrie Priorität haben werden. ★

Ausstieg aus Cross-Border-Vertrag jetzt

Es ist an der Zeit die Kläranlagen und das Kanalsystem in die alleinige Verantwortung der Stadt Heidenheim zurückzuholen. Die in kommunalen Geheimverhandlungen, von OB Ilg unterzeichneten Cross-Border-Leasingverträge müssen der öffentlichen Kontrolle unterzogen werden. Wort für Wort sind sie dem Gemeinderat bekannt zu machen. Es muss davon ausgegangen werden, dass auch Heidenheim so wie die Städte Aalen und Schw. Gmünd wortgleiche Verträge mit der „Bank of Amerika“ und der Landesbank Ba.-Wü., abgeschlossen haben und durch die Finanzmarktkrise in den gleichen Problemen stecken. Durch die Herabstufung der Bonität oder der Kreditwürdigkeit

Lämmerschlachtbetrieb

Gegenwehr hat sich ausgezahlt

Nicht lange nachdem bekannt wurde, dass im Rathaus die Grundlage für einen Lämmerschlachtbetrieb nahe Aufhausen beschlossen worden war, regte sich Widerstand. Dutzende Leserbriefe und viele hunderte Unterschriften machten deutlich, dass die Heidenheimer Bevölkerung dies nicht so einfach hinnehmen wollte. Stutzig machte dabei die immer wiederkehrende Behauptung seitens des Rathauses, dass der Beschluss einstimmig vom Gemeinderat gefasst worden wäre. Auch war zu vernehmen, dass selbst die ansässigen Schäfer dem Schlachtbetrieb wohlwollend zugetan seien. Recherchen von DKP-Stadtrat Püschel brachten zutage, dass nicht der Gemeinderat, sondern der Verwaltungsausschuss einstimmig dem Schlachtbetrieb zugestimmt hatte. Auch ein Telefonanruf bei einem Schäferbetrieb ließ erkennen, dass die Schäfer einen Schlachtbetrieb ablehnten. Warum wurde die Öffentlichkeit mit Halb- und Unwahrheiten informiert? Diese Frage stellten sich die DKP-Vorstandsmitglieder. In einer Presseerklärung (HZ 13.11.2008) verlangte die DKP die lückenlose Aufklärung und Information zu den Verträgen mit den Schlachthofbetreibern, sowie die Einstellung der Planungen für diesen Betrieb.

Wenige Tage später einigten sich die großen Parteien CDU und SPD, die Planungen für den Lämmerschlachtbetrieb zu beenden. Die Grünen und die Freien Wähler hingegen waren erbost über diese einseitige Herangehensweise der großen Parteien.

Die aktive Gegenwehr der Bevölkerung hat sich also ausgezahlt! ★

durch die US-Ratingagentur Standart & Poors noch im alten Jahr kann davon ausgegangen werden, dass der Ausblick in 2009 auf die Heidenheimer Geheimverträge mehr Unsicherheit bringen wird. Handelt eine Stadtverwaltung beim gegenwärtigen Wissensstand nicht grob fahrlässig, wenn weiterhin das Hab und Gut der Bürger unkalkulierten Risiken überlassen wird? Öffentlichkeit herstellen ist das Gebot der Stunde. ★

Sozial is' muss!

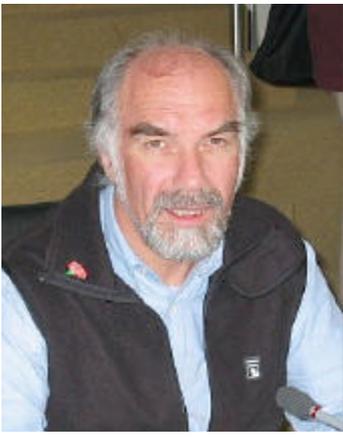


Günter Werner Bauder
geb.: 29.01.1979
Kurierfahrer
DKP Mitglied



Claudia Cina
geb.: 25.11.1950
Küchenhilfe
DKP Mitglied

Wenn Sie DKP wählen - haben Sie sich nicht verwählt



DKP Stadtrat R. Püschel

Zusammen sind wir stark!

Gerade im letzten Quartal des Jahres 2008 durfte die Stadtverwaltung und eine Mehrheit des Gemeinderates einige kommunalpolitische Niederlagen einstecken. Solche Vorhaben, wie Lämmerschlachtbetrieb, Mergelstetter Verkehrskreisel oder Fußballstadion Seeberg, mussten zurückgenommen werden. Hatten sich anfangs Stadtverwaltung und Gemeinderat noch entschlossen gezeigt, auf ihren Planungen zu beharren und sie durchzusetzen, so mussten sie am Ende doch klein beigeben. Sie waren am Widerstand der betrof-

fenen Bürger und Bürgerinnen gescheitert. Das war nur möglich, weil die Menschen sich für ihr Anliegen zusammengetan haben. Dafür möchte ich meine Anerkennung aussprechen.

Widerstand gibt es auch aus der Meeboldstraße und bei Mietern der Gagfah!

Eigentlich müsste es in einer Demokratie klar sein: Die Bürger entscheiden – der gewählte Gemeinderat handelt danach! Oder? ★

Stoppt den Krieg in Gaza!

Mahnwache der Friedensgruppe Heidenheim

Dem Aufruf des Kasseler Forums für den Frieden e.V., bundesweit am 17.01.2009 für einen Stopp des Krieges in Gaza einzutreten, folgte die Friedensgruppe Heidenheim und mit ihr, bei einer Mahnwache auf dem Eugen-Jaekle-Platz, rund 50 wechselnde Teilnehmer, darunter auch verschiedene ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger. Unter ihnen auch Stadtrat Püschel und verschiedene DKP KandidatInnen zur Gemeinderatswahl. ★



Profit-Center Stadtwerke AG wird ausgebaut

Die neoliberale Gemeinderatsmehrheit verschaffte den Stadtwerken AG zur weiteren Gewinnmaximierung neue Geschäftsfelder. Die Entfremdung vom Kerngeschäft, nämlich die Haushalte der Stadt mit den Grundbedürfnissen wie Strom, Gas, Wasser und Wärme zu beliefern, geht weiter. Neue Töchter haben per Gemeinderatsbeschluss das Licht der Welt erblickt.

Es reicht dem Gemeinderat, an der Spitze dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Stadtwerke AG, OB Ilg, nicht aus, kerngeschäftsfremde Tätigkeiten wie Tiefgaragen zu bauen und Parkplätze zu bewirtschaften.

Die Geburt der Tochter „Hellenstein Gastronomie und Wellness GmbH“, die als Projekt bis 2012 das Ziel verfolgt, die Gastronomie enger an die Stadtwerke anzubinden, verspricht mehr, als nur die Gastronomie in der Aquarena selbst.

Zurecht lagen erhebliche Zweifel, auch beim SPD Fraktionsvorsitzenden Neidlein, gegen diese kommunale Entscheidung vor. Seiner Einschätzung nach weniger Transparenz, Abbau demokratischer Rechte dadurch wirtschaftliche Vorteile, natürlich für die Stadtwerke AG. Sein Zweifel: Wellness und Gastronomie seien keine kommunalen Aufgaben. Trotz des Zweifels an der Strategie von OB Ilg stimmten die Sozialdemokraten dieser Entwicklung zu. Lediglich die DKP Stadträte verweigerten dieser OB-Strategie die Zustimmung.

Solche kommunale Entscheidungen haben nach Ansicht der DKP baldige Auswirkungen. Kommunale Unternehmen müssen nach § 102 GemO in den Haushalt der Stadt

Erträge abwerfen. Solche Geschäftsstrukturen spülen Gewinne in die Kasse der Stadtwerke und sind daher dem Daseinszweck fremd. Diese Konstruktionen der Stadtwerke AG als Mutter samt ihren alten und neuen Töchtern,

funktionieren so, dass neben den Gebührenzahlern auch die Töchter als indirekte Geldquellen in den Haushalt der Stadt zu fungieren haben.

Die neue Tochter „Hellenstein Generalbau GmbH“ übernimmt die durch die Stadtverwaltung in Fremdvergabe an private Büros abgegebene Planungs- und Erschließungsaufgaben. Eine städtische, im Kern kommunale Planungsarbeit. Mit dieser Konstruktion fließen somit auch zukünftig Gewinne aus dieser Fremdvergabe in die Kassen der Stadtwerke AG. Das bedeutet,

dass Bauträger Planungs- und Erschließungskosten, die ansonsten kommunale Kernaufgabe, über die Private, sprich über die Tochterfirma der Stadtwerke AG gewinnträchtig zu bezahlen haben.

Warum die Stadtwerke AG lediglich 95 Prozent an der Tochter hält und ihr Prokurist, Herr Jürgen Dursch, die restlichen 5 Prozent, darüber darf spekuliert werden. ★



„Privatisierung kommt von private, ein lateinisches Wort mit der Bedeutung ‘berauben’.

Wenn nun eine Privatisierung stattfindet, dann werden Gemeinschaftsgüter von privaten Interessenten aufgekauft - oder sogar verschenkt ... und das ist nichts anderes, als die Beraubung der Gemeinschaft“

Demonstration zu Ehren von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Lenin



Dem Transparent an der Spitze: „Niemand ist vergessen! Aufstehen und widersetzen! folgten rund 10.000 Menschen zur Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin/Friedrichsfelde, darunter hunderte von Palästinensern. Zurecht und massiv wurde in begleitenden Schriften und Aufrufen auf Israels Vorgehen im Gaza-Streifen hingewiesen und die Forderung nach sofortigem Rückzug Israels gestellt. Insgesamt meldete die Berliner Zeitung, dass sich an dem Stillen Gedenken zum 90. Todestag von Luxemburg und Liebknecht rund 80.000 Teilnehmer beteiligt haben und rote Nelken an der Gedenkstätte der Sozialisten niederlegten.

Schon am Vortag der Demonstration fanden verschiedene politische Veranstaltungen statt. So z.B. die traditionsreiche ganztägige Rosa Luxemburg-Konferenz durchgeführt von der Tageszeitung „Junge Welt“, ebenso die große Kulturveranstaltung der DKP im Kino Babylon, Rosa Luxemburg-Platz zu dem Thema „90 Jahre Novemberrevolution - 90 Jahre KPD“. Die Teilnehmer aus Heidenheim waren sich einig, solche Manifestationen geben Kraft im Kampf gegen Faschismus und Krieg, gegen Sozialraub und gegen den Abbau sozialer und demokratischer Rechte.



Stadtrat Wilhelm Benz gewählt

Die Bundeswahlkonferenz der DKP, die am 10. Januar in Berlin tagte, folgte der Empfehlung des Parteivorstandes der DKP, sich an den EU-Parlamentswahlen am 07. Juni 09 durch eigene Kandidatinnen und Kandidaten zu beteiligen. Unter den 31 Kandidatinnen und Kandidaten wurde DKP-Stadtrat W. Benz von der Konferenz auf den Bundeswahlvorschlag der DKP gewählt. Im Programm zu Europa steht die DKP gegen die Militarisierung der EU und der weltweiten Kriegseinsätze, gegen den Reformvertrag von Lissabon.



Karl Marx / Friedrich Engels Zur (Finanzmarkt)-Krise

Die bürgerlichen Produktions- und Verkehrsverhältnisse, die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse, die moderne bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschworen hat. ...

Wodurch überwindet die Bourgeoisie Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründliche Ausbeutung der alten Märkte . Wodurch also?

Dadurch, dass sie allseitigere und gewaltige Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.

Karl Marx / Friedrich Engels
Das Kommunistische Manifest
Bourgeoisie und Proletariat
ME Werke Band 1 Seite 385 - 451

Spenden

Die DKP Heidenheim wird nicht fremdfinanziert. Unsere Mitteilungsblätter und die Gemeinderatswahlen kosten Geld. Mitgliedsbeitrag und Spenden halten uns über Wasser. Unsere Konto Kreissparkasse HDH (BLZ 632 500 30) 413 903



Bitte schickt mir kostenlos und unverbindlich

- Informationen über die DKP
- Probeausgaben der UZ -Die Zeitung der DKP-
- Einen Aufnahmeantrag als Mitglied der DKP

Name, Vorname: _____
 Straße: _____
 PLZ, Ort: _____
 eMail: _____ Telefon: _____

Bitte einsenden an: Reinhard Püschel, Friedenstraße 8, 89522 Heidenheim

Wenn Sie DKP wählen - liegen Sie richtig